

Politik News

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

EU will Medizinstudium auf fünf Jahre verkürzen



Ein Vorschlag der EU-Kommission stößt auf Widerstand: Statt wie bisher mindestens sechs Jahre, soll die Ausbildung

für angehende Mediziner künftig nur mehr fünf Jahre dauern. Zwar soll es weiter 5.500 Stunden theoretischen und praktischen Unterrichts geben, Kritiker befürchten aber einen Verlust der Qualität. Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle sieht vorerst noch keinen Grund zur Aufregung.

Protest gegen Schließen von Kleinstschulen

Die Verwaltungsreform von Landeshauptmann Franz Voves (SPÖ) ruft die steirischen Bürgermeister auf den Plan: Sie kündigen Widerstand an, weil 36 Kleinstschulen bis 2013 geschlossen werden sollen. So hat die Volksschule Kleinsölk nur 11 Schüler.

Internetseite: Dokortitel von obskurer US-Kirche

Nach den Plagiatsvorwürfen gegen EU-Kommissar Johannes Hahn bietet das Rabattportal deallx.at nun Ehrendokortitel um 39 € an. Verliehen würden diese von der „Miami Life Development Church“, so wird man etwa zum „Doctor of Exorcism“ werden.

U-Ausschuss: Für Gorbach wird's eng



BZÖ-Mandatar Petzner will Gorbach entlasten.

APA, Fährich



Ex-Infrastrukturminister Gorbach muss vor den U-Ausschuss.

Serentschy sagt Kommen zu

Neue Zeugen für den U-Ausschuss: Pilz will Scheuch und Westenthaler, Petzner wittert Beamtenkauf. Bures tobt über Amons Vorwürfe.

Wien. Bereits nächste Woche tagt der Korruptions-U-Ausschuss wieder. Und die Schlinge um den Hals von Ex-Infrastrukturminister Hubert Gorbach (früher BZÖ) zieht sich immer enger. Am Dienstag werden seine engsten Mitarbeiter aussagen, darunter Rüdiger Schender. Der ehemalige Kabinettschef von Gorbach hat laut Aussagen von Ministeriumsbeamten den Auftrag gegeben, die neue

Universaldienstverordnung nach dem Wunsch der Telekom zu schreiben. Gorbach und das BZÖ sollen dafür Geld kassiert haben.

Starten wird die Zeugenbefragung am Dienstag mit Georg Serentschy. Der Telekom-Regulator hat sein Kommen am Freitag in einer Aussendung bestätigt: Gorbach selbst wird am Mittwoch aussagen.

Der Grüne Peter Pilz möchte nach Gorbach auch Uwe Scheuch (FPK, früher BZÖ) und Peter Westenthaler (BZÖ) laden, um sie über mögliche Schmiergeldzahlungen zu befragen.

Auch BZÖ-Fraktionsführer Stefan Petzner hat eine neue Idee für die Zeugenliste – zur Entlastung von Gorbach. Er möchte den Sohn des Ex-Spitzenbeamten im Infrastrukturministerium Alfred Stratil laden.

Petzner: Hinweise auf Kauf von Ministeriums-Beamten

Petzner habe Hinweise darauf, dass Stratils Sohn Lobbyist der Telekom gewesen sein soll. Nach dem Beschluss der Universaldienstverordnung sei befördert worden. Die Telekom habe Gorbach gar nicht gebraucht, Stratil

habe gereicht, zitierte Petzner aus einem Dokument. Die beiden Posten innerhalb einer Familie seien „völlig unvereinbar“. Auf Twitter holte Petzner dann zum nächsten Gegenschlag aus: Den Wahlkampf der erst kürzlich ins Visier geratenen, BZÖ-nahen Ex-Ministerin Karin Gastinger habe die ÖVP finanziert. Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung.

Für Krach in der Koalition sorgt ÖVP-Fraktionsführer Werner Amon: Es gebe im Umfeld des Infrastrukturministerium „bis heute“ Gesetzeskauf. Ministerin Doris Bures (SPÖ) verlangt Belege für diese Vorwürfe. *Debora Knob*

Immer mehr Gefangene – zu wenig Personal
Plus 6,5 %: Gefängnisse platzen aus allen Nähten

Die Häftlingszahlen in Österreich steigen, während der Personalstand gleich bleibt.

Wien. 8.947 Personen saßen Ende 2011 in Österreichs Gefängnissen ein. Um 550 bzw. 6,5 Prozent mehr als noch 2010. Das ergab eine Anfrage des FPÖ-Abgeordneten Christian Lausch an Justizministerin Beatrix Karl (ÖVP). Lausch, selbst Personalvertreter der Justizwacheanstalt Wien-Josefstadt, fordert

mehr Personal: „Die Belagszahlen werden immer höher, während der Personalstand der Justizwache in den vergangenen zehn Jahren gleich geblieben ist.“

Bessere Verteilung. Im EU-Schnitt kämen zwei Insassen auf einen Beamten, in Österreich seien es über drei, so Lausch. Obwohl es insgesamt zu wenig Plätze gibt, sind dazu noch die Gefängnisse unterschiedlich ausgelastet: Während das



Justizministerin Beatrix Karl (ÖVP) verspricht Ausbau.

Gefängnis Wien-Josefstadt mit 1.241 Insassen weit über seinem Limit von 990 liegt, wären in Krems von 177 Plätzen noch 53 frei. Karl lässt die Anstalten ausbauen. Lausch plädiert für eine bessere Aufteilung der Insassen. *(nak)*

BZÖ-Grosz: „Illegale Parteifinanzierung“
10 Mio. € Fördergeld an die Partei-Jugend

Seit 2006 10 Millionen Euro Fördergeld vom Wirtschaftsministerium.

Wien. Nicht nur die Parteien bekommen in Österreich saftige Fördergelder, auch deren Jugendorganisationen. Insgesamt 10 Millionen Euro gab Wirtschafts- und Jugendminister Reinhold Mitterlehner für Basisförderung aus, so das Ergebnis einer Anfrage des BZÖ-Mandatars Gerald Grosz. „Das ist ja de facto

eine illegale Parteienfinanzierung“, so der orange Rechnungshofsprecher, der vor allem SPÖ- und ÖVP-Jugendorganisationen im Visier hat. So erhielt die sozialdemokratische „Aktion kritischer Schüler“ jährlich 18.168 Euro Basisförderung, ebenso die Schülerunion (ÖVP). Seit 2006 ist die Fördersumme zurückgegangen, von 1,8 Millionen auf nur mehr 1,5 Millionen Euro 2011.